

Beschluss des Landrats vom 28.02.2019

Nr. 2528

2. Zur Traktandenliste 2019

2018/940; Protokoll: gs, bw,ble

Weil es keine Mittagspause geben wird, aber gleichwohl eine Fragestunde traktandiert ist, schlägt Landratspräsident **Hannes Schweizer** (SP) vor, dass der Landrat zu gegebener Stunde, wohl um 12 Uhr, die Fragestunde behandeln wird (der Zeitpunkt hängt noch von weiteren, am Morgen zu fällenden Entscheidungen ab).

://: Die Traktandenliste wird beschlossen.

- *Zur Frage der Dringlichkeit: Interpellation von Urs Kaufmann, Zielvereinbarungen mit den Busunternehmen (2019/179)*

Landratspräsident **Hannes Schweizer** (SP) erinnert, dass dieselbe Interpellation bereits vor 14 Tagen eingereicht worden sei. Aufgrund der Zusicherung durch den Regierungsrat, eine Antwort vorzubereiten, wurde die Interpellation damals zurückgezogen und heute nochmals, erneut als dringlich, eingebracht. Der Regierungsrat anerkennt die Dringlichkeit des Vorstosses. Bestreitet der Landrat die Dringlichkeit nicht, kann die Interpellationsantwort bereits im Verlauf des Morgens schriftlich verteilt und im Internet aufgeschaltet werden.

://: Dringlichkeit wird mit 74:7 Stimmen bei 1 Enthaltung gewährt.

- *Zur Frage der Dringlichkeit: Resolution von Désirée Jaun, Ausrufung des Climate Emergency («Klimanotstand») (2019/180)*

Landratspräsident **Hannes Schweizer** (SP) erklärt, dass eine Resolution gemäss § 50 der Geschäftsordnung des Landrats zuerst mündlich begründet werden könne. Sie kann noch heute beraten werden, sofern der Landrat dies mit einer 2/3-Mehrheit der anwesenden Ratsmitglieder beschliesst. Im Folgenden geht es einzig um die Frage, ob die Resolution heute behandelt werden soll.

Désirée Jaun (SP) betont, dass das Bekenntnis zu dieser Resolution dringlich sei, weshalb sie heute behandelt werden solle. Anfangs Februar gingen schweizweit gegen 60'000 Menschen für das Klima auf die Strasse. Sie forderten, dass die Politik endlich aktiv wird. Auch in der hiesigen Region folgten rund 10'000 Menschen dem Aufruf von engagierten Schülerinnen und Schülern. Sie alle forderten, dass der Regierungsrat und das Parlament endlich handeln und effiziente Massnahmen ergreifen, um der Klimakatastrophe entgegenzutreten. All die am Klimastreik beteiligten Menschen sprechen aus, was alle schon längst wissen sollten: Beim Klimawandel handelt es sich um ein sehr vielschichtiges Problem, das von Menschenhand verursacht wurde. Dieses Problem muss endlich systematisch und vehement angegangen werden und zwar sofort. Mit der Behandlung dieser Resolution soll nicht noch mehrere Wochen zugewartet werden, sondern jetzt ein längst überfälliges Zeichen gesetzt und die lautstarken Stimmen aus der Bevölkerung und vor allem der Schülerinnen und Schüler aus der Klimabewegung ernst genommen werden. Die SP-Fraktion ist ganz klar für die heutige Behandlung dieses Vorstosses. Alle sehen und spüren die Konsequenzen des Klimawandels. Jedes Jahr wird man mit extremen Wettersituationen konfrontiert: heisse, trockene Sommer, jährliche Temperaturrekorde, kalte, kurze Winter mit grossen Schneemassen und schneller als bisher angenommen schmelzenden Gletschern. So sind auch in der Schweiz, beispielsweise in der Landwirtschaft oder in Bezug auf die

Wasserversorgung, die direkten Folgen des Klimawandels festzustellen. Dies sind zwei unverzichtbare Grundlagen für unser Leben. Die Auswirkungen werden erst noch so richtig ersichtlich. Diese Herausforderungen müssen dringend angegangen werden und zwar in allen Ländern und auf allen Ebenen. Natürlich ist auch die Eigenverantwortung jedes Individuums sehr wichtig, aber hinter diesem Argument verstecken kann man sich nicht mehr länger. Der Aufruf, der Klimawandel sei eine individuelle Sache und jede Person müsste einfach ihr Verhalten ändern, um ihn bekämpfen zu können, reicht einfach nicht mehr. Genauso wenig kann der Klimaschutz ausgelagert und die eigene Verantwortung abgeschoben werden. Es braucht Engagement und konsequentes Handeln auf allen Ebenen, national, kantonale und kommunal und zwar jetzt. Es dürfte inzwischen den meisten Personen klargeworden sein, dass Projekte nicht nur von der ökonomischen Seite her betrachtet und bewertet werden dürfen, sondern dass auch die ökologischen Aspekte und Auswirkungen auf das Klima Berücksichtigung finden müssen. Deshalb braucht es das Bekenntnis mit dieser Resolution.

Mit der Ausrufung des Klimanotstands wird anerkannt, dass die Bekämpfung des Klimawandels und der Folgen dringlich ist und eine der Aufgaben, die mit höchster Priorität angegangen werden muss. Dies ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Es wird der Grundstein für weitere Massnahmen gelegt, die folgen müssen und werden. Das Problem muss ganzheitlich und von der Politik gesteuert behandelt werden. Die Menschen, welche auf die Strasse gingen, sprechen nur das aus, was viele bereits seit lange Zeit denken. Sie haben genug und wollen, dass auch die Politik endlich aktiv wird. Es liegt in der Verantwortung der Politik, die lautstarken Stimmen ernst zu nehmen und ihre Forderungen in die Politik zu tragen. Ebenfalls liegt es in der Verantwortung des Landrats, aktiv zu werden. Als erstes Zeichen sollen auf dieser Ebene der Klimanotstand ausgerufen und die Forderungen aus der Resolution unterstützt werden, wie das auch der Kanton Basel-Stadt und die Stadt Liestal bereits getan haben. Der Klimaschutz endet nicht an der Kantons- oder Landesgrenze. Die SP-Fraktion ist stolz auf die Schülerinnen und Schüler und nimmt sie ernst. Deshalb sagt sie ja zur Resolution, ja zur Ausrufung des Klimanotstands und ja zu den erforderlichen Massnahmen, die gegen den Klimawandel und seine Folgen greifen sollen. Damit sagt die SP-Fraktion auch ja zum Schutz der Erde, welche einmalig ist.

Dominik Straumann (SVP) sagt, Klimawandel habe schon immer stattgefunden und wird auch weiterhin stattfinden. Grundsätze der Dringlichbehandlung eines Vorstosses sind Fragen, ob eine Frist verstreicht oder direkt unmittelbar etwas Lebensbedrohliches die Folge ist. Wird eine dieser Fragen bejaht, ist der entsprechende Vorstoss dringlich zu behandeln. Dies wurde in der Vergangenheit so gehalten und soll auch weiterhin gelten. Es besteht Einigkeit darüber, dass der Klimawandel stattfindet. Die Erde sah vor hundert Millionen Jahren anders aus. Aber die Frage ist nicht derart dringlich, dass die Resolution heute diskutiert werden müsste. Die SVP-Fraktion ist gegen eine dringliche Beratung.

Landratspräsident **Hannes Schweizer** (SP) begrüsst Nationalrätin Sandra Sollberger auf der Zuschauertribüne.

Rolf Richterich (FDP) richtet sich an Klimaretterinnen und Klimaretter und meint, da können sich alle Anwesenden angesprochen fühlen. Die meisten haben dem Energiegesetz zugestimmt. Der Grossteil des Inhalts der Resolution wurde darin abgebildet. Was nicht im Energiegesetz steht, ist im Bundesgesetz über den Umweltschutz (Artikel 1 und 11) nachzulesen. Die Gesetzgebung fordert also schon einiges. Der Redner ist nicht sicher, ob die Schülerinnen und Schüler so viel Staatskundeunterricht genossen haben, dass ihnen die entsprechenden Gesetze bekannt sind. Natürlich ist es interessanter, über den Klimawandel und die dramatischen Vorgänge zu lesen. Wenn man sieht, wie den Eisbären und Robben das Eis ausgeht, ist das traurig. Das ist unbestritten. Die Frage ist, wie der Landrat darauf reagieren soll. Er muss überlegen, was er bereits ge-

macht hat und was noch zu tun ist. Der Redner vertritt die einhellige Meinung der FDP-Fraktion, dass der Kanton bereits alles Machbare mit dem Energiegesetz gemacht hat. Insofern ist nicht klar, was die Resolution zusätzlich bewirken soll im Baselbiet. Désirée Jaun schürte in ihren Ausführungen lediglich irgendwelche Emotionen. Im Landrat sollte man sich jedoch nicht nur von Emotionen leiten lassen, sondern auch Tatsachen und Grundlagen diskutieren.

Die FDP-Fraktion ist der Ansicht, der Landrat habe das ihm Mögliche gemacht. Niemand der FDP unterstützt die Resolution in der vorliegenden Form. Einen Notstand erkennt niemand. Zur Frage der Dringlichkeit gibt es zwei Optiken in der Fraktion: Die eine Hälfte möchte die Resolution dringlich behandeln und heute entsprechend anpassen und abhandeln. Die andere Hälfte stellt sich auf den Standpunkt, diese Resolution sei gemäss den normalen Kriterien als nicht dringlich zu behandeln.

Landratsvizepräsident **Peter Riebli** (SVP) bittet die Rednerinnen und Redner, sich kurz zu äussern und nur zur Frage, ob die Resolution an der heutigen Sitzung behandelt werden soll.

Florence Brenzikofer (Grüne) ist der Ansicht, es brauche auf allen politischen Ebenen Massnahmen. Die aktuellen Pläne reichen nicht aus. Es braucht griffigere Massnahmen. Da ist der Landrat gefordert. Eine erste Massnahme kann heute ergriffen werden, indem die Resolution als dringlich erklärt wird. Es gilt, die Klimakatastrophe ernst zu nehmen, die verknüpften Forderungen aufzunehmen und auf die Krise zu reagieren. Der Landrat steht als Parlament in der Pflicht, seinen Beitrag zu leisten. Mit einer Überweisung der Resolution können die Auswirkungen aller Geschäfte auf das Klima berücksichtigt und aufgezeigt werden. Die Rednerin teilt nicht die Meinung von Rolf Richterich, der Kanton habe bereits genug gemacht – im Gegenteil. Die Grüne/EVP-Fraktion möchte die Resolution heute dringlich behandeln.

Felix Keller (CVP) nimmt vorweg, dass die CVP/BDP-Fraktion Sympathie für die Resolution hege und sie unterstützen werde. Nun geht es jedoch um die Dringlichkeit. Jetzt ist bereits 11:00 Uhr. Es ist fraglich, ob in einer Stunde vertieft über die Resolution diskutiert werden kann. Es handelt sich um ein wichtiges Thema, immerhin geht es um die Erde. Der Redner überlegt sich, ob es nicht besser wäre, sich Zeit zu nehmen, um sich vertieft mit der Thematik auseinanderzusetzen und die Resolution an der nächsten Landratssitzung zu behandeln. Es wird heute ja bereits eine Interpellation dringlich behandelt. Das Thema ist zu wichtig, als dass eine kurze Diskussion ihm gerecht würde.

Miriam Locher (SP) fragt sich, was auf dieser Traktandenliste so massiv dringlicher sein könnte als der veritable Orkan, dem sich alle ausgesetzt sehen. Beim Klimaschutz ist eine gewisse kognitive Dissonanz festzustellen. Man erkennt ihn zwar, wirklich handeln möchte man jedoch nicht. Im Schlafwagenstil lässt sich nichts erreichen. Deshalb muss man heute reagieren, ein Zeichen setzen und einen ersten Schritt machen. Die Votantin bittet um Unterstützung der Dringlichkeit und hofft, dass nicht bloss Lippenbekenntnisse abgegeben werden.

Daniel Altermatt (glp) sinniert: Dringlich oder nicht dringlich, das ist die Frage. Die glp/GU-Fraktion debattierte, ob es klüger ist, sich länger vorzubereiten und eine fundierte Diskussion zu führen, oder ob nicht bereits alles gesagt wurde und alle wissen, was sie wollen. Die glp/GU-Fraktion kam zum Schluss, die Dringlichkeit zu unterstützen.

Klaus Kirchmayr (Grüne) zur Dringlichkeit: Der Kanton Basel-Stadt und die Stadt Liestal behandelten die Resolution und verabschiedeten sie. Die Resolution ist dringlich zu behandeln, weil das Signal, sie heute nicht zu behandeln, aussagt, dass der Kanton Basel-Landschaft ein Schlafwagenkanton ist. Solch ein Signal auszusenden, ist im Interesse von niemandem. Man muss berücksichtigen,

sichtigen, dass gewisse, dem Kanton Basel-Landschaft nahestehende Körperschaften dies bereits behandelt haben. Es würde dem Kanton gut anstehen, dies ähnlich zu machen und ergebnisoffen über die Resolution zu diskutieren. Die Bevölkerung hat ein Anrecht darauf jetzt zu wissen, was dieses Parlament zu diesem Thema denkt.

Adil Koller (SP) sagt, selbstverständlich sei das Anliegen dringend. Je stärker die CO₂-Emissionen steigen, desto steiler muss die Senkung sein. Es darf also keinesfalls länger zugewartet werden. Der Votant versteht, dass von der Gegenseite die Dringlichkeit bestritten wird, denn unter dem Strich geht es ja nicht um deren, sondern um die Generation, welche die SP-Fraktion repräsentiert. Im Landrat haben zwei Personen Einsitz, die unter 30 Jahre alt sein, vier unter 33 Jahre – sie alle sind Mitglieder der SP. Um diese Generation und deren Kinder geht es. Der Votant bittet, die Dringlichkeit zu unterstützen. Es kann nicht zugewartet werden. Je länger man wartet, desto stärker sind die Einschränkungen.

Dominik Straumann (SVP) stellt den Ordnungsantrag, die Rednerliste zu schliessen. Zur Dringlichkeit wurde genug gesagt. Eine inhaltliche Diskussion bedingt vorgängig die Abstimmung über die Dringlichkeit.

Rolf Richterich (FDP) empfand die bisherigen Voten als Vorgeschmack auf die folgende Diskussion, wenn es um den Inhalt der Resolution geht. Der Redner empfiehlt Dominik Straumann, die Diskussion doch noch etwas laufen zu lassen, so wird noch offensichtlicher, was dringlich ist und was nicht.

Mirjam Würth (SP) fühlt sich vor den Kopf gestossen. Draussen läuft etwas eminent Wichtiges und man versucht, dies auf die politische Ebene zu heben und schon kommt ein Antrag, die Rednerliste zu schliessen. Zum Glück hatte sich die Votantin vor dem Antrag bereits gemeldet. Es kommt jedes Mal einem Wettrennen gegen den Ordnungsantrag «Schliessung der Rednerliste» gleich. Das ist total seltsam.

Dominik Straumann (SVP) hält am Ordnungsantrag fest. Mit der Schliessung der Rednerliste wird lediglich mit der Abstimmung ermöglicht, darüber zu befinden, ob die Resolution inhaltlich heute behandelt werden soll. Es braucht nicht noch 20 Voten zur Dringlichkeit. Die Meinungen sind gemacht und eine Abstimmung kann nun, im Sinne der Effizienz, durchgeführt werden. Wenn eine Mehrheit die Dringlichkeit als gegeben erachtet, kann der Landrat auch drei Stunden über den Inhalt diskutieren.

://: Der Landrat lehnt mit 42:37 Stimmen bei 5 Enthaltungen den Ordnungsantrag auf Schliessung der Rednerliste ab.

Peter Brodbeck (SVP) kann der Dringlichkeit nicht zustimmen. Nicht weil es sich nicht um wichtiges Thema handle, sondern weil heute über vier Resolutionspunkte diskutiert und abgestimmt werden soll. Als Landrat fühlt sich der Redner dazu heute nicht in der Lage. Punkt 3 verlangt, dass man sich an Massnahmen irgendwelcher Organisationen orientieren solle. Der Votant weiss schlichtweg nicht, was darin steht. Bevor er sich nicht entsprechend informiert hat, kann er keine Diskussion führen.

Jan Kirchmayr (SP) findet, das sei die letzte Chance, um sich des Themas anzunehmen [*Heiterkeit auf der rechten Seite*]. Unter den Lachenden gibt es gewisse Klima-Saboteure. Aber die Verantwortung muss wahrgenommen werden angesichts der Eisbären, die irgendwann kein Eis mehr unter den Füssen haben oder wenn man an vom Aussterben bedrohte Alpenpflanzen denkt oder

an den verdorrten Hardwald. Das sind die Folgen davon. Man kann es ignorieren und leugnen und keine Massnahmen ergreifen oder jetzt den grünen Knopf drücken, wenn es um die Dringlichkeit geht. Man trägt eine Verantwortung für die kommenden Generationen, und die am meisten davon betroffene Generation ist auf der Strasse und setzt sich für ihre Anliegen ein. IPPC ist der Weltklimarat.

Oskar Kämpfer (SVP) bedauert, dass der Ratspräsident nicht mehr zugegen ist. Er hätte ihn gerne daran erinnert, dass er einmal die Regel festgesetzt hat, dass zuerst die Fraktionssprecher reden und erst danach über die Dringlichkeit abgestimmt wird. Das ist nun nicht passiert, deshalb hat man nun eine epische Diskussion, weil alle meinen, sie müssten nun unter dem Thema Dringlichkeit noch das Wichtigste sagen. Auch der Redner selbst macht das gerne, aber faktenbasiert. Zum Thema Dringlichkeit ein paar Fakten aus den Jahren 1998-2017, was in etwa der Lebenszeit der streikenden Schüler entspricht. Diese nimmt man übrigens sehr ernst. Im Leimental hatte man eine Durchschnittstemperatur von 11,025° C, in den ersten zehn Jahren dieser Periode waren es 11,00°C und in der zweiten 11,05°C. Die zwei wärmsten Jahre mit 11,9 oder 11,8°C und die zwei kältesten mit 9,9 und 10,3°C; also praktisch keine Veränderung und vor allem kein Anstieg – und nicht das Ende dieser Welt. Zudem sind sämtliche Emissionen im Leimental von 1995–2016 zurückgegangen, Feinstaub, Stickoxyd, VOC, die flüchtigen organischen Verbindungen, sogar CO₂. Soll angesichts dieser Entwicklung noch jemand kommen und sagen, es sei Dringlichkeit geboten. Selbstverständlich lehnt die SVP die Dringlichkeit ab.

Martin Rüegg (SP) erklärt, beispielhaft die neuste Ausgabe der Volksstimme hochhebend, die Medien seien voll von dem Thema und es sei bei den Leuten angekommen; sie gehen auf die Strasse. Der Klimawandel ist wissenschaftlich erwiesen. Wer das bestreitet, dem ist nicht zu helfen. Global gesehen ist der Temperaturanstieg in der Schweiz stärker als der Durchschnitt. Daher muss der Klimawandel auch hier interessieren. Wenn sich der Landrat des Themas annimmt, so ist dies eine Art bottom-up Ansatz, wie immer wieder auch von der rechten Seite gefordert wird. Das Motto lautet: Global denken, lokal handeln.

Die Gemeinden beschliessen mittlerweile Klimaanlagen für ihre Verwaltungen. Man kann nicht sagen, das Thema beschäftige nicht. Jede Regierungsvorlage wird auf ihre Finanzierbarkeit und KMU-Tauglichkeit hin überprüft. Ein nächster Schritt könnte sein, in Zukunft auch die Klimaverträglichkeit zu prüfen. Die Resolution ist ein Stück weit Symbolpolitik. Aber heute soll der erste Schritt hin zur Realpolitik getan werden, indem man den Leuten zeigt, dass die Signale verstanden wurden und man sich in Zukunft ernsthaft mit der Problematik, die alle angeht, auseinandersetzen will.

Balz Stückelberger (FDP) findet, die Bemerkung von Adil Koller betreffend diejenigen im Saal, die noch eine Zukunft haben und die, welche keine mehr haben, sei irritierend, sofern sie nicht auf die nächsten Wahlen bezogen ist. Es gibt im Landrat auch Kollegen, die Kinder haben und deshalb bezüglich Verantwortungsbewusstsein einen etwas längeren Zeithorizont haben. Dem Anliegen des Landratskollegen könnte gewiss eine grössere Mehrheit zustimmen, wenn dieser einen etwas respektvolleren Tonfall wählte. Die Unterstützung des Redners hat er. Es kann heute über die Resolution abgestimmt und damit ein Zeichen gesetzt werden. Und entweder will man das oder nicht; dabei handelt es sich eben nicht um eine materielle Debatte zu konkreten Punkten. Der Redner verspricht sich keinen zusätzlichen Mehrwert durch eine Vertagung.

Mirjam Würth (SP) greift betreffend Dringlichkeit das Votum von Dominik Straumann auf und bejaht dessen Frage, ob Leben direkt bedroht sei. Im letzten Sommer seien viele Menschen den Hitzetod gestorben. Und wenn man – beim Browsen im Internet – die in Aussicht gestellte, beängstigende Anzahl von Todesfällen aufgrund des Klimawandels, der unberechenbaren Wetterlagen betrachtet, so muss jetzt gehandelt werden. Die Resolution ist, wie ihr Vorredner richtig bemerkt

hat, ein Signal, welches besagt, dass man etwas unternehmen will. Der Entscheid kann heute gefällt werden. Die Landrätin unterstützt die Dringlichkeit.

Die FDP anerkennt den Klimawandel, hält **Saskia Schenker** (FDP) fest, und die Fraktion habe sich auch in der Vergangenheit schon entsprechend eingesetzt. Die FDP-Regierungspräsidentin hat allen voran – zusammen mit der FDP – das Energiegesetz revidiert. Basel-Landschaft hat schweizweit ein sehr fortschrittliches Energiegesetz mit klaren Zielen und Massnahmen. Darin geht es genau um die CO₂-Debatte. Der Fraktionspräsident hat erwähnt, dass aus diesem Grund gewisse FDP-Exponenten sagen, die Resolution sei dringlich. Denn man ist bereits daran und kann es heute beraten. Die andere Hälfte sagt klar, es sei nicht dringlich, weil man bereits am Umsetzen ist. Die Vorlage betreffend das Energiepaket ist zurzeit in der Vernehmlassung. Es fragt sich, ob man das Thema heute berät oder nicht. Die Rednerin spricht sich für die Dringlichkeit aus. Man ist bereits daran, die entsprechenden Massnahmen umzusetzen und auch die Ziele hat man schon gesetzt.

Paul Wenger (SVP) findet, aus SP-Sicht seien «markige» Worte gefallen. Der Sprecher selbst sieht sich heute nicht in der Lage, über die materiellen Punkte des Geschäfts zu diskutieren. Die Argumentation seines Parteikollegen Peter Brodbeck kann er durchaus teilen. Ob die Diskussion heute oder erst in zwei oder vier Wochen erfolgt, macht keinen Unterschied. Was bedeutet ein Notstand – Climate Emergency (Klimanotstand) – wirklich? Hat man es wirklich mit einem Notstand zu tun? Die Frage ist zu verneinen, und eine seriöse Diskussion des Themas ist auch in drei bis fünf Wochen möglich. Paul Wenger anerkennt und weiss, dass sich das Klima verändert – weder er noch seine Kollegen von der SVP seien so «blöd», dies nicht zu akzeptieren. Der Redner will sich aber ernsthaft mit dem Thema auseinandersetzen, um allenfalls auch Inputs geben zu können. Er lehnt die Dringlichkeit dezidiert ab.

Adil Koller (SP) anerkennt positiv, dass sein Vorredner der erste SVP-Vertreter sei, der sich zwar gegen die Dringlichkeit ausspreche, den – von Menschen gemachten – Klimawandel aber nicht negiere, wie Oskar Kämpfer oder Dominik Straumann es tun [*grosser Aufschrei von rechts*]. – Dominik Straumann, korrigiert sich der Redner, habe gesagt, den Klimawandel habe es schon immer gegeben und Oskar Kämpfer habe sich bei seiner Argumentation auf Temperaturangaben abgestützt. – Das Grundproblem besteht darin, dass die beiden zwar vom Klimawandel sprechen, aber erklären, sie hätten nichts damit zu tun. Das ist die entscheidende Falschannahme, die dazu verleitet, die Dringlichkeit abzulehnen und die Resolution zudem auch abzulehnen, weil man der Meinung ist, es könne so oder so nichts gemacht werden. Das ist falsch. 97,2 % aller Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die zu diesem Thema forschen, sagen, es gebe einen menschengemachten Klimawandel. Es gilt nun endlich, der Wissenschaft zu glauben, indem man der Dringlichkeit stattgibt und danach der Resolution zustimmt.

Erika Eichenberger Bühler (Grüne) stimmt Balz Stückelberger zu, es sei an der Zeit, ein Zeichen zu setzen und gemäss Landratsauftrag die Stimmung der Bevölkerung aufzunehmen. Die Rednerin war am ersten Streiktag in Basel auf dem Marktplatz zugegen und hat erkannt, dass es den Jungen ernst ist. Sie wollen etwas in Bewegung setzen. Am zweiten Streiktag stieg sie in Liestal in den Schnellzug, und es kam ihr vor, als ob man an den Morgestraich fahre, so voll war der Zug. Die Leute sind bewegt und fordern, dass nun unbedingt etwas unternommen wird. Mit der Zustimmung zur Resolution sollte sich der Landrat auch dazu bekennen, dass bei jedem Geschäft zusätzlich die Klimasituation mitberücksichtigt wird. Erika Eichenberger appelliert ans Landratskollegium, ein Zeichen in diesem Sinne zu setzen.

Die Diskussion zeige, wie schwierig es sei, zwischen Dringlichkeit und sachlich-fachlicher Beurteilung eines Geschäfts zu unterscheiden, so **Rolf Richterich** (FDP). Offensichtlich wird dies gerne vermischt, denn es wurde u.a. gesagt, wer jetzt gegen die Dringlichkeit sei, sei auch gegen die Resolution und anerkenne den Klimawandel nicht etc. Beides hat miteinander nichts zu tun. Es geht im Moment nur darum, in welchem Rahmen das Thema beraten wird. Wird die Resolution heute oder erst an der nächsten oder übernächsten Landrats Sitzung behandelt – weder auf die eine oder andere Art wird auch nur ein Gramm CO₂ eingespart. Etwas anderes wäre es, wenn nun gefordert würde, dass zukünftig jede Landratsvorlage auch auf ihre Klimatauglichkeit hin geprüft werden soll. Das wäre ein konkret umsetzbarer Vorschlag. Bei der Resolution aber handelt es sich um etwas rein Schöngestiges, das nur für die Galerie ist und überhaupt nichts zur Sache beiträgt. Kommt nun etwas Druck von aussen, so gilt es, diesen zu kanalisieren, um eine gute Lösung für das Problem zu finden. Aus der Resolutionsdiskussion können allenfalls Forderungen abgeleitet und danach Umsetzungsmassnahmen für den Kanton definiert werden. Einzig das hätte eine Auswirkung auf das Baselbieter Umweltschutzgeschehen, aber nicht die Resolution an sich. Diese ist ein Sonderling, mit ihr allein ist nichts zu gewinnen.

Oskar Kämpfer (SVP) begrüsst den Landratspräsidenten, Hannes Schweizer, und wiederholt nochmals sein Bedauern, dass man nicht nach ursprünglichem Plan nur die Fraktionssprecher habe reden lassen. Dadurch sind die unzulässigen Entgleisungen des SP-Präsidenten überhaupt erst möglich geworden. Der Redner empfindet es als absolute Zumutung, dass ihm und seinen Fraktionskollegen unterstellt werde, sie seien gegen Aktionen, die den Klimawandel verzögern oder verändern könnten, und man habe den Klimawandel nicht wahrgenommen. Das ist schon fast eine Beleidigung für einen, der wahrscheinlich zu den ersten gehört hat, die Solarzellen auf dem Dach hatten. Zudem kommt die Unterstellung, man sei klimafeindlich, aus einer Partei, die zumindest teilweise mit dem Flieger eine Fraktionsreise unternommen hat. Man weiss, was der Klimawandel bedeutet, aber man weiss vor allem auch – und das ist offenbar bei der Linken noch nicht angekommen – welche Massnahmen nötig wären, um ihn zu bremsen. Man will nämlich nicht nur darüber reden, sondern handeln. Darum geht es bei der Frage der Dringlichkeit. Um diese Handlungen zu beschliessen, kommt man heute keinen Millimeter weiter, und daher bringt es nichts.

Pascal Ryf (CVP) freut sich schon jetzt auf die Landratsdebatten nach den Wahlen, sofern er selbst dann noch dabei ist, und hofft, dass die Diskussion dann wieder ein wenig mehr auf sachlicher Ebene geführt werden kann als auf der persönlichen zwischen Links, Rechts und der Mitte. Es handle sich bei der Resolution um Symbolpolitik, man spare damit weder CO₂ ein noch könne man damit die Abholzung der Urwälder stoppen. Aber es ist ein Zeichen an die Jugend, die auf die Strassen gegangen ist. Immer wieder ist der Vorwurf zu hören, die Jugendlichen seien lethargisch, würden sich nicht engagieren und seien politisch desinteressiert. Diese Erfahrung hat der Redner selbst immer wieder gemacht. Nun haben die Jugendlichen ein Thema gefunden, für welches sie sich engagieren und Züge füllen wie am Morgestraich. Der Redner selbst hat erlebt, wie viele Jugendliche am Barfüsserplatz sich versammeln und sich engagieren, was super ist. Trotzdem sind die Demonstrationen auch von Widersprüchen gezeichnet. Beispielsweise wenn der mitgebrachte Ghattoblasten von einem Generator betrieben wird – es ist nicht anzunehmen, dass er mit Solarenergie betrieben wird. Oder man stürmt nach der Demo den Mc Donalds, um Fastfood mit Unmengen von Verpackungsmaterial zu kaufen, welches anschliessend weggeworfen wird. Widersprüche gehören aber zum Jugendlichsein dazu. Der Landrat kann mit seiner Unterstützung der Dringlichkeit den Jungen signalisieren, dass er deren Engagement, gegen die Umweltprobleme etwas zu tun, anerkennt. Auch wenn mit der Resolution das Klima nicht gerettet werden kann. Es ist ein starkes Zeichen. Die Resolution soll als dringlich überwiesen werden.

Christine Frey (FDP) fragt, was nun anders als vor zwei Wochen sei, dass heute eine Dringlichkeit befürwortet werden müsse. Niemand im Saal bestreitet den Klimawandel, und es ist sehr unfair, wenn dies gewissen Personen oder Parteien im Saal unterstellt wird. Man muss sich fragen, wo der gesunde Menschenverstand bleibt. Das Parlament hat die Aufgabe, der Bevölkerung klarzumachen, dass es den Klimawandel erkennt und etwas dagegen unternimmt. Auch in der Resolution steht, dass man sich dessen schon lange bewusst ist. Und man macht seriöse Politik. Sowohl kommunal wie kantonale als auch auf Bundesebene gilt es, bei jedem Geschäft das Thema im Hinterkopf zu haben. Gemäss ihren Erfahrungen als BPK-Mitglied ist dies auch der Fall. Es ist nicht die Aufgabe des Parlaments, jedem Hype aufzuspringen, der von einer sechzehnjährigen Schwedin initiiert worden ist. Die Rednerin spricht sich dezidiert gegen die Dringlichkeit aus.

Rahel Bänziger (Grüne) entgegnet auf die erste Frage ihrer Vorrednerin, lange habe man das Thema nur im Hinterkopf gehabt, heute aber seien die Ohren offen dafür, das ist der Unterschied. Wenn von Symbol die Rede ist, so findet die Landrätin den Begriff «Zeichen» zutreffender, stärker. Jetzt muss ein Zeichen gesetzt werden. Man muss damit anfangen und einen Schritt in die richtige Richtung gehen. Der Vorbehalt von Paul Wenger und Peter Brodbeck, sich auf das Geschäft vorzubereiten, in allen Ehren, aber bei drei der vier Punkte geht es lediglich um eine Diskussion. Der einzige Punkt, für den eine Vorbereitung nötig ist, wäre Punkt drei. Bei den anderen Punkten geht es um eine Priorisierung, die Berücksichtigung des Themas bei den landrätlichen Geschäften und eine Information. Für eine heutige Behandlung braucht es dazu kein grosses Hintergrundwissen, was dafür spricht, dass heute eine dringliche Behandlung möglich wäre. Die Landrätin bittet das Ratskollegium, sich ihr anzuschliessen und die Dringlichkeit zu befürworten.

Susanne Strub (SVP) ist das Thema zu wichtig, um zu schweigen. Niemand sei so naturverbunden wie der bäuerliche Berufsstand, zu dem sie sich zählt. Die Rednerin weiss, was es bedeutet, wenn man in einem trockenen Sommer nicht genug Futter für die Kühe hat und den Wintervorrat brauchen muss, um sie durchzubringen. Sie und ihr Ehemann hatten deswegen schlaflose Nächte, und niemand kann ihr unterstellen, sie rede den Klimawandel klein. Wer im Saal hat eine eigene Quelle? – Man öffnet den Wasserhahn, und es kommt kein Tropfen Wasser. Auch dies kann schlaflose Nächte bereiten. Das Thema soll nicht einfach schnell noch vor den Wahlen abgehandelt werden. Der Kanton Basel-Landschaft hat ein Energiegesetz. Man arbeitet an dem Thema. Susanne Strub jettet nirgendwohin in die Sommerferien, sondern bleibt zu Hause, ebenso ihre Familie. Aber jeder soll es so halten, wie er es vor sich und der Welt vertreten kann [*einzelnes zustimmendes Klopfen von rechts*].

Hans-Jürgen Ringgenberg (SVP) glaubt nicht, dass sich bei einer dringlichen Behandlung der Resolution per sofort etwas verändern würde. Das beste Beispiel für diese Aussage hat der Basler Grosse Rat geliefert. In derselben Sitzung, in der die Resolution dringlich behandelt wurde, wurde auch der Ausbau des Gasleitungsnetzes beschlossen. Verständlich ist zwar, dass gewisse Parteien das Geschäft möglichst rasch behandeln möchten, im Sinne einer wunderbaren Propaganda angesichts der bevorstehenden Wahlen. Man sollte sich aber die Zeit lassen, um die heute erstmals zu Gesicht kommende Resolution durchzulesen und sich auf deren Behandlung vorzubereiten. Das Thema kann ohne Weiteres erst an der nächsten oder übernächsten Landratsitzung beraten werden. Zu einer Dringlichkeit besteht nicht der geringste Grund.

Es ist Wahljahr und damit wohl auch Flugjahr, beginnt **Andi Trüssel** (SVP) und empfiehlt Adil Koller, erst das Protokoll zu lesen, um zu sehen, was der SVP-Fraktionspräsident in Bezug auf die Nichtexistenz des Klimawandels gesagt habe.

Am 16. Juni 2016 wurde das BL-Energiegesetz vom Landrat mit 80: 4 Stimmen und 3 Enthaltungen angenommen. Nun soll noch jemand kommen und sagen, dass dieses nicht alles enthält, wo-

rum in der UEK lange und danach auch im Landrat gefochten wurde, oder es werde nicht alles abgedeckt, was notwendig ist. Der Baselbieter CO₂-«Furz» beträgt 22 Minuten im weltweiten Kontext, und daran will man etwas korrigieren? Der schweizerische dauert 10 Stunden. Der Redner ist gegen die Dringlichkeit und empfiehlt allen die Lektüre des Buches von Dr. Markus Häring, einem der vorgenannten 97 % der Wissenschaftler, die sich mit der Klimaerwärmung beschäftigen. Dieser hat eine dezidierte Meinung gegen die Subventionstöpfe, die überall abgeholt werden, sei es in Paris oder irgendwo. Es geht dort nur darum, «Kohle» zu verteilen. Die Dringlichkeit ist abzulehnen.

Gemäss **Kathrin Schweizer** (SP) geht es nicht darum, ein Zeichen zu setzen, sondern um ein Bekenntnis. Es geht darum, zu bekennen, dass es einen Klimawandel gibt, die Verantwortung wahrzunehmen und als Landrat zu handeln. Natürlich wird es mehr Zeit in Anspruch nehmen zu entscheiden, wo welche Massnahmen zu treffen/auszuarbeiten sind. Das Bekenntnis muss aber heute abgegeben werden.

Das hochgelobte Energiegesetz ist zwar im Gebäudebereich sehr fortschrittlich, der Bereich Mobilität ist aber gänzlich ausgeblendet. Es gibt also Handlungsfelder, in denen der Kanton BL noch nicht top ist. Die Landrätin bittet das Ratskollegium, der Dringlichkeit zuzustimmen und damit zu ermöglichen, dass der Kanton entsprechend vorwärts kommt.

Für die Zustimmung zur Dringlichkeit braucht es eine Zweidrittelmehrheit, informiert der Landratspräsident **Hannes Schweizer** (SP). Wird der Dringlichkeit zugestimmt, so kann die Resolution heute beraten werden.

://: Trotz eines Stimmenverhältnisses von 49:36 Stimmen wird die Beratung der Resolution nicht an der heutigen Sitzung durchgeführt, weil das nötige 2/3-Mehr (57) nicht erreicht wurde.

Die Resolution wird somit von der Geschäftsleitung des Landrats ordentlich auf eine der nächsten Landratssitzungen traktandiert, orientiert Landratspräsident **Hannes Schweizer** (SP).
